

## Wie weit ist's von Meißen bis Meißen?

*Dumme Frage? Durchaus nicht. Denn die Kreisleitung Meißen hat ein ganzes Jahr gebraucht, um diese Strecke zurückzulegen.*

*Hier kurz die Etappen des „Rennens“:*

*Start am 16. Februar 1961. Die Mitglieder der Brigade Prüfstand im VEB Turbowerke Meißen wenden sich mit einem Anliegen an das ZK. Das Büro des Politbüros schreibt postwendend an den 1. Sekretär der Kreisleitung Meißen, er möchte doch bitte mit der Brigade sprechen und die Angelegenheit so und so regeln.*

**1. Etappe:** Nichts. Große Pause.

**2. Etappe:** Brigade Prüfstand am 22. Januar 1962 an das ZK: „Da wir bisher noch keinen Bescheid erhielten ...“ Weckruf des Büros des Politbüros an den 1. Sekretär der Kreisleitung: „Heute erhalten wir von der Brigade die Mitteilung, daß sie noch keinen Bescheid erhalten hat ... Hat man denn im Laufe eines Jahres nicht die Möglichkeit gehabt, mit der Brigade über ihren Antrag zu sprechen? Woran liegt das? Wir ersuchen Euch dringend, sofort die Angelegenheit zu klären und in Ordnung zu bringen und bitten um Mitteilung darüber.“

**3. Etappe:** Endlich hatte es in der Kreisleitung geklingelt. Sie setzte zum Endspurt an. Am 12. Februar 1962 — ein Jahr nach dem hoffnungsvollen Start — erhielt das Büro des Politbüros die frohe Kunde, daß es dem 1. Kreissekretär gelungen ist, die Entfernung von Meißen nach Meißen zu überwinden, daß er „sich mit der Brigade Prüfstand zusammengesetzt“ und ihr Anliegen geklärt hat.

Hier ergibt sich die Zwischenfrage: Wer ist zu wem gegangen? Wo hat man sich „zusammengesetzt“? Aber nehmen wir an, daß alles vorschriftsmäßig gelaufen ist, auch der 1. Kreissekretär, nämlich er zu den Brigademitgliedern in den Betrieb.

Ziel der Kreisleitung und ihres Büros muß es sein, bei der Bearbeitung von Eingaben, Beschwerden und Hinweisen der Bevölkerung solch ein Tempo vorzulegen, daß praktisch jede Entfernung — nicht nur die in Kilometern auszudrückende — zwischen Kreisleitung und Bevölkerung verschwindet. Bei den Werktätigen in den Betrieben sollten die verantwortlichen Genossen sozusagen zu Hause sein.

Dann, aber wirklich nur dann, können wir alle gemeinsam, mit der Partei als Schrittmacher, das notwendige Tempo für die Fahrt in den Sozialismus und die Sicherung des Friedens erreichen.

E.O.

24. Januar 1960 im westdeutschen Rundfunk unverhohlen: „Wir wollen diese Gesetze, um endlich ganz Herr im eigenen Haus zu sein.“

Nach wie vor ist in der westdeutschen Bevölkerung ein heftiger Widerstand gegen diese faschistischen Pläne zu spüren, insbesondere unter den Gewerkschaften, Jugend- und Frauenorganisationen. Dieser Widerstand konnte bisher eine Verabschiedung der Gesetze verhindern.

### Handlangerdienste

Doch wie immer, wenn die Imperialisten in politische Schwierigkeiten kommen, bieten sich die rechten SPD- und Gewerkschaftsführer ihnen zu Handlangerdiensten an. Sie erklärten ausdrücklich ihre „Bereitschaft zu Verhandlungen über das Notstandsproblem“. In mehreren Gesprächen trafen die rechten Führer der SPD und Gewerkschaften mit dem Innenminister Höcherl zu vertraulichen Gesprächen darüber zusammen, wie man möglichst gefahrlos diese Bonner Diktaturgesetze durch das Parlament jagen kann. Gleichzeitig versuchen sie, den Widerstand der Arbeiterklasse und anderer demokratischer Kräfte gegen die Notstandsgesetze durch scheinheilige Argumente zu unterminieren. So erklärten sie, mit einem „verfassungsmäßig“ beschlossenen Notstandsgesetz könne die Bonner Regierung an das geltende Grundgesetz gebunden werden.

Ein „verfassungsmäßiges“, mit Hilfe der SPD zustande kommendes Notstandsgesetz wird ebenso alle die Diktaturvollmachten enthalten, wie sie die Bonner Regierung anstrebt.

Für uns ergibt sich die Aufgabe, nicht müde zu werden, bei der Entlarvung der Faschisierung Westdeutschlands. Allen Menschen in unserer Republik, in Westdeutschland und im Ausland müssen wir beharrlich die faschistische Gefahr deutlich machen, damit durch den Widerstand der Völker die westdeutschen Militaristen, Imperialisten und Faschisten entmachtet werden, um den Weg für eine politische Wende in Westdeutschland und zur Lösung unserer nationalen Frage freizumachen.

Siegfried Dahl